2022/25 dschungel

https://www.jungle.world/artikel/2022/25/ultraradikale-konkurrenten-am-rechten-rand

Ein Gespräch mit Martin Sabrow über die Hintergründe des Mords an Walther Rathenau

»Ultraradikale Konkurrenten am rechten Rand«

Interview von **Holger Pauler**

Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau, Reichsaußenminister der Weimarer Republik für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei, auf offener Straße erschossen. Das Attentat reihte sich in eine Serie von rechtsextremen Anschlägen ein, die die Weimarer Republik erschütterten. Der Historiker Martin Sabrow erläutert, welche Rolle die rechtsterroristische Organisation Consul dabei spielte, warum die konservative Justiz half, die Hintergründe der Mordserie zu vertuschen, und welche geheimen Pläne für eine deutsche Gegenrevolution dahinter standen.

Im Frühjahr erschien ihr 1998 erstmals veröffentlichtes Buch »Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution« in einer überarbeiteten Version zum 100. Jahrestag der Ermordung Walther Rathenaus durch die rechtsterroristische Organisation Consul. Gibt es neben dem Jubiläum auch inhaltliche Gründe für eine Neuveröffentlichung?

Die Forschung zum Rathenaumord hat sich zwar nicht in einer andere Richtung entwickelt, als ich sie vor 30 Jahren in meiner Dissertation zu bahnen versuchte, aber die seinerzeit vorgetragenen Ergebnisse haben sich in der Zwischenzeit weiter untersetzen und präzisieren lassen. In meinem Buch habe ich mich bemüht, die bis heute umstrittene Frage nach dem Motiv der Mordserie und der dahinterstehenden Verschwörung gegen Weimar in einem eigenen Kapitel genauer zu klären. Dort habe ich insbesondere die Rolle von Hermann Ehrhardt, dem Kopf der Organisation Consul (O. C.), herauszuarbeiten versucht, die für die Anschläge auf Matthias Erzberger, Philipp Scheidemann und Walther Rathenau verantwortlich war.

Das Attentat auf Walther Rathenau steht beispielhaft für das Scheitern der Republik. Nicht wenige reden von einem historischen Wendepunkt.

Die Anschläge von 1922 lassen sich in eine Reihe gegenrevolutionärer Putschpläne einordnen, die die gesamte Frühphase der Weimarer Republik umspannen. Sie beginnt im Dezember 1918 mit der Beschießung des Berliner Marstalls, in dem die Volksmarinedivision untergebracht war, und reicht bis zum Hitler-Ludendorff-Putsch im Jahre 1923. Ja, in gewisser Weise lässt sie sich sogar bis zum dilettantischen Aufbegehren der Nationalkonservativen um Franz von Papen und

der fälschlich Röhm-Putsch genannten Abrechnung im Jahr 1934 verlängern, hinter dem in Wahrheit der erfolgreiche Versuch Hitlers stand, sich seiner Konkurrenten in der Rechten zu entledigen. Als prägnanteste Phase der deutschen Gegenrevolution tritt aber das Jahrfünft nach dem Kriegsende 1918 hervor, das von der Niederschlagung des sogenannten »Spartakusaufstands« und der Münchner Räterepublik über die Gründung der »Nationalen Vereinigung« unter Ludendorff und Pabst im Oktober 1919, den Kapp-Putsch im März 1920 bis zum vorzeitigen Losschlagen Hitlers im November 1923 geprägt ist.

War das Schicksal Weimars da schon besiegelt?

Im Moment der Kapitulation von 1918 herrschte vor allem die Sehnsucht nach Frieden vor, man lechzte nach politischen Reformen und wirtschaftlicher Sozialisierung und wollte den wilhelminischen Plunder hinter sich lassen. Doch dann wurden die Lasten, die der Krieg hinterlassen hatte, immer stärker spürbar. Die soziale Deklassierung schritt voran, die erst schleichende, dann galoppierende Inflation führte zur Enteignung der bürgerlichen Mittelschichten und zog den Verlust der tradierten Maßstäbe und Werte nach sich. »Es ist kein Zweifel mehr: Was wir deutsche Revolution nennen, ist eine Enttäuschung«, schrieb Walther Rathenau, und er hatte recht.

> »Der in den frühen Weimarer Jahren geschaffene paramilitärische Unterbau, die soziale Militarisierung, das nicht zuletzt die Universität beherrschende völkische Denken waren prägend auch für spätere NS-Organisationen wie SA oder SS.«

Die blutige Absicherung der sozialdemokratischen Macht gegenüber dem linken Flügel der eigenen Bewegung, die Glanzlosigkeit der neuen Ordnung, die Ohnmacht gegenüber den Siegermächten und die unerwartete Härte der Friedensbedingungen – das alles schürte nicht die Begeisterung für die Republik, sondern die rasch wachsende Distanz zu ihr. Immer lauter wurde der Ruf nach Revanche, immer intensiver die Suche nach dem Sündenbock, vorangetrieben durch eine öffentliche Meinung, die nicht auf Versöhnung aus war, sondern auf Rache. Der Philosoph und liberale Politiker Ernst Troeltsch sprach schon 1919 von der »Welle von rechts«. Er machte sie an der Wandlung der Studentenschaft fest: »Sprach man vor einem Jahre vor Studenten, so musste man sich auf wilde pazifistische, revolutionäre, ja idealistisch-bolschewistische Widersprüche gefasst machen; heute muss man auf antisemitische, nationalistische, antirevolutionäre Einsprüche sich einrichten.«

Wie ein Spinnennetz breiteten sich Wehrsportgruppen und paramilitärische Verbände im ganzen Land aus, die auf die Stunde X warteten, in der zum Marsch auf Berlin geblasen werden würde. Diese Entwicklung tritt rückblickend etwas in den Schatten, da mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus die populistische und propagandistische Seite des Rechtsradikalismus die Bühne zu beherrschen begann. Aber der in den frühen Weimarer Jahren geschaffene paramilitärische Unterbau, die soziale Militarisierung, das nicht zuletzt die Universität beherrschende völkische Denken waren prägend auch für spätere NS-Organisationen wie SA oder SS.

Welche Rolle spielte der Antisemitismus speziell beim Attentat auf Rathenau, der in der rechten Presse, aber auch in der DNVP als »Agent des Auslands« bezeichnet wurde? Der Rechtsextremist Ernst von Salomon, der an dem Attentat beteiligt war, spielte das als Motiv ja herunter, er behauptete, dass die O. C. keine antisemitische

Vereinigung gewesen sei und die privaten politischen Überzeugungen der Mitglieder nur am Rande eine Rolle spielten.

Die Frage verlangt eine mehrschichtige Antwort. Unbestreitbar waren durchweg alle am Mord Beteiligten antisemitisch eingestellt, wie sich an zahlreichen überlieferten Äußerungen und Korrespondenzen belegen lässt, und ihr Judenhass mag viele Helfershelfer zum Mitmachen bewogen haben. Tatsächlich scheint der Mord am deutschen Außenminister fast eine logische Folge der Welle von Schmähungen und Anwürfen zu sein, die mit den gängigen antisemitischen Denkklischees des Landesverräters oder Volksparasiten gegen Rathenau trommelten.

Was die übergeordnete Attentatsstrategie betrifft, halte ich gleichwohl die von Salomon in »Der Fragebogen« (in dem 1951 erschienenen autobiographischen Roman schildert Salomon unter anderem seine Beteiligung an dem Attentat, Anm. d. Red.) vertretene Behauptung für - zutreffend, dass Judenhass nicht das leitende Motiv für den Mord an Rathenau war. Die ausgeführten Attentate auf Scheidemann und Erzberger zeigen ebenso wie die geplanten auf Wirth und Ebert, dass in dieser Terrorwelle die Frage einer jüdischen Herkunft der Opfer keine wesentliche Rolle spielte. Es ging der O. C. vielmehr darum, die prägenden Repräsentanten der Weimarer Republik auszuschalten, um die Gesellschaft zu verunsichern, zu spalten, zu destabilisieren. Und im Fall der nach dem Rathenaumord ins Bodenlose fallenden Reichsmark gelang ihr dies ja auch.

Die Täter wähnten sich selbst in der »Mitte« der Gesellschaft. Offenbar nicht zu Unrecht, wie sich auch in der Verfolgung der Täter zeigt. Nach dem Mord an Rathenau wurde zwar das sogenannte Republikschutzgesetz eingeführt, für die Mitglieder der O. C. hatte dies aber kaum Folgen.

Die O. C. war eine Geheimorganisation und stand deshalb nicht im Licht der Öffentlichkeit. Allerdings hatte der antisemitische Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DVSTB), dem Leute wie Reinhard Heydrich, Fritz Sauckel und Werner Best angehörten, die O. C. und die Attentate auf Scheidemann, Erzberger und Rathenau unterstützt. Der DVSTB war eine der wenigen rechten Organisationen, die auf Grundlage des Republikschutzgesetzes verboten wurden. Nach dem Rathenaumord hatte Reichsjustizminister Radbruch (SPD) zunächst mit einem Republikschutzerlass gezielt gegen die Gewalt von rechts vorgehen wollen. Das schließlich verabschiedete Republikschutzgesetz verwässerte diese Zielrichtung, weil es sich in rechtsstaatlicher Korrektheit gegen politische Gewalt jeglicher Couleur richtete. Aber dies führte in der juristischen Auslegungspraxis im weiteren Verlauf der Weimarer Republik dazu, dass mit seiner Hilfe vor allem linksgerichtete Bestrebungen und Organisationen verfolgt wurden. Auch die milden Urteile nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch bilden das ab. Die Justiz bestand nach wie vor fast gänzlich aus konservativen, mehrheitlich kaisertreuen und ganz selbstverständlich strikt antikommunistischen Juristen, die nur notgedrungen ihren Frieden mit der neuen Ordnung geschlossen hatten.

Im Prozess baten die Angeklagten zuweilen die Richter, die Öffentlichkeit auszuschließen, weil sie glaubten, sie würden Staatsgeheimnisse ausplaudern.

Sie verstanden sich überwiegend als Teil oder Unterstützung der »Schwarzen Reichswehr«, die durch geheime Aufrüstung die Restriktionen des Versailler Vertrages zu unterlaufen suchte. Die O. C. beispielsweise war an zahlreichen internationalen Waffengeschäften beteiligt, die ebenso der eigenen Mittelbeschaffung wie der illegalen Wiederbewaffnung dienten. Daraus erwuchs das

gemeinsame Interesse von Angeklagten und Staatsgerichtshof, vor den Alliierten das Ausmaß der militärischen Erstarkung und vor allem das Mitwissen und die Mitwirkung der staatlichen Institutionen, bis hin zur Reichsregierung, an der verdeckten Aufrüstung verborgen zu halten, um keine weiteren alliierten Sanktionen heraufzubeschwören.

Emil Julius Gumbel analysiert in seinem 1922 erschienen Buch »Vier Jahre politischer Mord« die Entwicklungen. Er kommentiert die Urteile gegen links und rechts und stellt dieses enorme Ungleichgewicht fest, das letztlich auch zur Schwächung der Republik beiträgt. Franz Neumann hat daran in seinem zuerst 1942 im US-amerikanischen Exil veröffentlichten Standardwerk »Behemoth« angeknüpft, in dem er schreibt, dass die Justiz im »Zentrum der Konterrevolution« stehe.

Anders als der Prozess wegen der Rathenaumords geriet zwei Jahre später das wegen Geheimbündelei geführte Verfahren gegen die O. C. zur Farce, fast alle Mitglieder wurden freigesprochen. Die Reichsanwaltschaft begründete dies unter anderem damit, dass die O. C. offiziell nicht existiere und die Angeklagten eine aufrichtige, vaterländische Gesinnung eine. Am Ende kann man dieses eklatante Fehlurteil aus drei Gründen herleiten: Erstens gab es eine gewisse soziale und kulturelle Nähe zwischen Angeklagten und Justiz. Sie teilten ein konservatives Staatsverständnis, in dem die Idee des Staates und der Nation höher rangierten als Verfassung und Parteienherrschaft. Zweitens dominierte besonders nach der Ruhrbesetzung 1923 (französische und belgische Truppen besetzten 1923 bis 1925 das Ruhrgebiet, weil Deutschland seinen Verpflichtungen zu Reparationszahlungen nicht nachgekommen war, Anm. d. Red.) stärker noch als zuvor die Furcht vor weiteren Nachteilen für das Reich, sofern die geheimen Verbindungen zwischen der O. C. und staatlichen Stellen im Prozess zur Sprache kämen. Tatsächlich aber hatte diese verdeckte Kooperation bis in die behördliche Aufklärungsarbeit nach den einzelnen Anschlägen hineingespielt: Von einer Nachrichtensammelstelle der Reichswehr in Kassel war die Münchner Leitung der O. C. nach den Anschlägen auf Scheidemann und Rathenau ständig über den aktuellen Ermittlungsstand auf dem Laufenden gehalten worden. Mehr noch: Das Auswärtige Amt selbst hatte im Jahr 1921 verdeckt 300 000 Reichsmark an die O. C. gezahlt, um eine verdeckte Freikorpstruppe auszurüsten, die einen neuerlich erwarteten polnischen Aufstand in Oberschlesien niederschlagen sollte. Zugespitzt formuliert hatte das Auswärtige Amt finanzielle Beihilfe zur Ermordung seines eigenen Ministers geleistet; solches Wissen sollte vor Gericht tunlichst im Dunklen bleiben.

In der Folge entstanden zahlreiche neue Terrororganisationen, die auch nach der »Machtergreifung« der Nazis eine Rolle spielen sollten. Mitunter wird Rathenau als »erstes Opfer des Nationalsozialismus« bezeichnet.

Man kann in ihm sehr vieles sehen. Rathenau ist ein Repräsentant der Widersprüche, sein Platz im öffentlichen Gedächtnis kann zugleich mit den Begriffen Wirtschaftsmagnat und Märtyrer, Visionär und pragmatischer Politiker umrissen werden. Der zitierte Satz ist etwas inhaltsleer; als erste Opfer des »Dritten Reichs« könnte man genauso gut Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begreifen. Die Leute, die Rathenau umbrachten, waren im Übrigen mehrheitlich gar keine Nationalsozialisten. Sie waren vielmehr deren ultraradikale Konkurrenten am rechten Rand, die auf die Kraft der Tat und nicht auf den Druck der Massen setzten.

> »Die Leute, die Rathenau umbrachten, waren mehrheitlich gar keine Nationalsozialisten. Sie waren vielmehr deren ultraradikale Konkurrenten am rechten Rand, die auf die Kraft der Tat und nicht auf den Druck der Massen setzten.«

Nicht wenige Aktivisten waren zwar bereits der Deutschvölkischen Freiheitspartei, der Vorgängerorganisation der NSDAP, beigetreten, aber sie bereiteten der nationalsozialistischen Machteroberung den Weg, ohne die starken Binnendifferenzen der rechtsradikalen Republikbekämpfung in dieser Frühphase zwingend zu erkennen. Tatsächlich sah es zeitweilig so aus, dass nicht die Propagandisten der NS-Bewegung um Hitler, sondern am ehesten die kühlen Gewaltakteure wie Ehrhardt den Sturz der Demokratie erzwingen könnten. Dass diese Konkurrenz heute kaum noch wahrgenommen wird, liegt auch daran, dass die Hitlerbewegung nach ihrem Sieg kein gesteigertes Interesse daran hatte, die Bedeutung von Ehrhardt und anderer Freikorpsmitglieder herauszustreichen.

Wieso spielten die Freikorpsmitglieder im Nationalsozialismus in der Mehrzahl eine untergeordnete Rolle, obwohl sie doch ebenfalls das Ziel hatten, Deutschland wieder zu einer »selbstbewussten, völkischen Nation« zu machen?

Ein großer Teil der gegenrevolutionären Kämpfer war nach 1933 derart elitär eingestellt, dass er die Hitlerbewegung als bloße Spielart der verachteten Massenherrschaft begriff. Ehrhardt war kein Populist, er hielt keine Reden – seine Stärke waren Machtspiele, Einschüchterung und Terror. In »Mein Kampf« hat Hitler dazu eine Gegenposition formuliert: Nicht mit Gift und Pistole würden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Propaganda, Aufmärsche und Massenbewegungen. Das führte bei einer vergleichbaren antidemokratischen Grundhaltung der Gegenrevolutionäre nicht durchgehend, aber doch verbreitet zu einer latenten oder offenen Opposition von Ehrhardt und seinen Leuten zur NS-Bewegung. Wohl landeten einige führende Vertreter der O. C. später bei SA und SS, spielten dort aber selten eine tragende Rolle.

Andere hatten sogar Verbindungen zum militärischen Widerstand, der ja durchaus deutschnational eingestellt war. Wilhelm Canaris oder Hartmut Plaas sind hier zu nennen, die infolge ihrer Verbindung zum Widerstand beziehungsweise im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 umgebracht wurden. Ehrhardt selbst wurde 1934 von der SS verfolgt, nach dem fehlgeschlagenen Stauffenberg-Attentat sogar verhaftet. Nicht zuletzt deshalb hatten es die Gewaltakteure der frühen Weimarer Republik häufig leichter, sich in die neue Ordnung der Bundesrepublik zu integrieren, weil sie sich nach 1933 im Dienst der neuen Macht häufig vergleichsweise wenig kompromittiert, sondern sich abseits gehalten hatten.

Einen besonderen Weg nahm Ernst von Salomon, der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Erfolgsautor wurde und mit »Der Fragebogen« einen der ersten großen Bucherfolge der jungen Bundesrepublik landete. Einen anderen, aber nicht weniger spektakulären Weg ging der O.-C.-Mann Friedrich Wilhelm Heinz, der nach 1945 zum Gegenspieler von Reinhard Gehlen wurde und mit dem ehemaligen Chef der Naziorganisation »Fremde Heere Ost« darum konkurrierte, den BND aufzubauen. Ehrhardt wiederum entzog sich nach 1934 jeder öffentlichen Sichtbarkeit, nachdem er seinen Verband noch 1933 in die SS überführt hatte. Er verharrte in innerer Distanz zum NS-Regime und wurde nach 1945 vom österreichischen »KZ-Verband«, einem Zusammenschluss verschiedener NS-Opferorganisationen, als »Opfer des Faschismus« anerkannt.

Martin Sabrow: Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution. Wallstein, Göttingen 2022, 334 Seiten, 30 Euro

© Jungle World Verlags GmbH